

Besser wird das Baugesetz kaum

Vor der Schlussabstimmung gab es im Kantonsrat gegen das Baugesetz noch einmal scharfen Einspruch von SP, Grünen und teils GLP, BDP und SVP. Doch am Ende spiegelte sich die Opposition nicht im klaren Ja-Stimmen-Resultat.

MARCEL ELSENER

ST. GALLEN. Ein bisschen zittern mussten die Befürworter des neuen Planungs- und Baugesetzes im Kantonsrat gestern vor der Schlussabstimmung schon – so, wie es Baudirektor Willi Haag vermutet hatte (Ausgabe von gestern). Längere Voten von Vertretern der SP-Grüne-Fraktion, aber auch von einzelnen SVP- und anderen Kantonsräten besagten, dass «mittlere Unzufriedenheit» mit dem Gesetz noch nett formuliert sei. Letztlich war das Resultat mit 82 Ja- gegen 28 Nein-Stimmen aber eindeutig.

«Angriff aufs Privateigentum»

Die grosse Schelte von rechts übernahm der Andwiler SVP-Kantonsrat Toni Thoma, der noch einmal die «grosse Sorge» der meisten bürgerlichen Ratsmitglieder kund tat: nämlich die im Gesetz enthaltenen Möglichkeiten zur Enteignung – speziell beim Kaufsrecht der Gemeinden als Massnahme gegen die Baulandhortung. Ein solcher «staatlicher Angriff auf das Privateigentum durch die Hintertür» gehe zu weit, Bauland gehöre dem Eigentümer, nicht der Öffentlichkeit; wer nicht verkaufen wolle, dem soll auch nichts weggenommen werden. Deshalb werde er das Gesetz ablehnen.

Thomas Fraktionssprecher Karl Güntzel stellte aber klar, dass «alle Abstriche machen mussten» und die SVP die Schlussfassung mit all ihren Kompromissen grossmehrheitlich unterstützen werde. Das Gesetz sei quasi die «ultima ratio» – wenn es scheitere, bestehe keine Gewissheit, dass es eine bessere Lösung gebe.

Ähnlich votierten die Sprecher von CVP-EVP und FDP, die ebenfalls Zustimmung signalisierten: Von «mittlerer Unzufriedenheit



Bild: Urs Bucher

Umstrittenes Bauland in Rorschacherberg: Das neue kantonale Baugesetz erlaubt den Gemeinden eher noch mehr Freiheiten.

war die Rede, das sei «bei Kompromissen aber üblich».

«Alle Zähne gezogen»

Wie erwartet enttäuscht zeigte sich die SP-Grüne-Fraktion: Der Rat habe die Chance verpasst, ein modernes Gesetz mit den nötigen Instrumenten gegen die Zersiedelung zu schaffen, sagte Sprecherin Laura Bucher. Dem von der Regierung vorgelegten Gesetz seien namentlich im Bereich der Raumplanung «alle Zähne gezogen worden». Die Fraktion lehne es deshalb ab. Ähnlich argumentierte die Sprecherin der BDP-GLP-Fraktion: Diese sehe nur wenige Verbesserungen und lehne das Gesetz mehrheitlich ab.

Man solle doch aus dem Baugesetz kein «Volkserziehungsgesetz» machen, meinte der Präsident der vorberatenden Kommission, Herbert Huser, und bat um Zustimmung. «Es wird nichts Besseres nachkommen.»

Bauchef Willi Haag schliesslich gab zu, dass auch er «nicht ganz zufrieden» sei und gern klarere Regelungen gehabt hätte. In der Raumplanung habe der Bund den Handlungsspielraum der Kantone eingeschränkt, nun habe man das kantonale Gesetz unter Einbezug aller Interessenten als praxistauglichen Kompromiss erarbeitet. «Pièce de résistance» für diesen Kompromiss war das Kaufsrecht der Gemeinden für blockierte Grundstücke –

ein Artikel, der laut Haag «vermutlich höchst selten» angewendet werden müsse. Wenn einige in ihrer Ablehnung mit einem Volksentscheid liebäugelten, sei das fragwürdig, gab der FDP-Bauchef zu verstehen: «Was haben wir dann erreicht? Einen Rückschritt auf den Stand von 2005.» Einzelne Bestimmungen könnten zudem später in Teilrevisionen korrigiert werden.

Kulturland-Initiative möglich

Die Schlussabstimmung gehörte klar den Kompromisswilligen. Nun hat der Kanton St. Gallen nach jahrelangem Hin und Her und mehreren Anläufen tatsächlich ein neues Baugesetz. Wobei wie gesagt noch offen ist,

ob SP, Grüne, VCS, Heimatschutz und allenfalls Architekturverbände dagegen noch das Referendum ergreifen. Das käme bei manchen nicht gut an, wie die FDP in ihrer Sessionsbilanz schreibt: «Diesen Kompromiss über ein Referendum zugunsten von Maximalforderungen zu opfern, wäre fahrlässig.»

SP und Grüne machen ausserdem mit einem anderen Mittel Druck: Man werde gemeinsam mit den Schutzverbänden «die Umsetzung des Gesetzes in der Praxis nun sehr genau beobachten», schreiben sie im Rückblick. «Sollte es bei der Umsetzung der Richtplanung Aufweichungen geben, liegt eine Kulturland-Initiative bereit.»